

manchen Gebieten habe man die zugesicherte Religionsfreiheit für nationale Minderheiten mißachtet. Auch diese Fehler würden nun wiedergutmacht, so gebe es beispielsweise in der Stadt Sian wieder eine geöffnete Moschee.

Was die *christlichen Kirchen* betrifft, so soll demnächst die früher katholische Kathedrale von Schanghai wieder für Gottesdienste geöffnet werden. Ein Besuch dieses Gebäudes ergab, daß die Kirche, die einen sehr devastierten Eindruck macht, zur Zeit noch als Lagerhaus für Zuckerwaren dient. Die Warenbestände werden aber bereits geräumt, um mit der Restaurierung der Kirche beginnen zu können. In Kanton sollen eine katholische und eine evangelische Kirche wiedereröffnet werden. Letztere dient zur Zeit als Papierlager und ist heute zerstört.

In Peking ist die nach wie vor einzige geöffnete katholische Kirche die Nantang-Kathedrale. Etwa 200 Menschen kommen dorthin zu den Gottesdiensten, ein Teil davon sind Angehörige des diplomatischen Korps in der chinesischen Hauptstadt, also Ausländer. Auf nachdrücklichen Wunsch dieser Diplomaten ist diese Kirche 1970 wiedereröffnet worden, nachdem sie seit Beginn der Kulturrevolution faktisch geschlossen war. Der Priester der Kirche, *Petrus Ju Wan* erklärt dazu, die Kirche sei nicht gesperrt worden,

aber es habe sich in der Zeit der Kulturrevolution niemand mehr getraut, dorthin zu kommen. Inzwischen sei die Lage etwas besser geworden.

Im Bistum Peking leben nach der Darstellung von Petrus Ju Wan zur Zeit noch 13 katholische Priester. Sechs davon sind alt und arbeitsunfähig, die sieben anderen Priester dürften aber neben ihrer Arbeit seelsorglich tätig sein: sie feiern die Messe, hören Beichte und spenden die Taufe, die aber erst ab 18 Jahren gewährt werden darf.

Nach den Aussagen des Priesters gab es vor der Revolution im Bistum Peking ca. 10 000 Katholiken. Jetzt schätzt man ihre Zahl auf etwa 6000. Finanzielle Ausgaben der Kirche werden durch einen Fonds der „Nationalen Vereinigung patriotischer Katholiken“ sowie durch Spenden der Gläubigen gedeckt. Beziehungen zum Vatikan würden keine unterhalten, stellte Petrus Ju Wan abschließend fest. Aus diesem Grund werden auch die Bestimmungen des Zweiten Vatikanischen Konzils nicht angewendet, und die Messe wird nach wie vor in der vorkonziliaren Form zelebriert. Beim Abschied fügt der Priester noch ein Wort hinzu, das die chinesischen Dolmetscher nicht verstanden: „Oremus!“ Was wir sahen und hörten, waren wohl erst allererste Hoffnungszeichen für die lange fast totgeglaubten christlichen Kirchen. *Fritz Csoklich*

## Kurzinformationen

„Nur Episoden? Vatikanum II und Würzburger Synode“, dies war das Thema der diesjährigen Priestertagung der *Katholischen Akademie in Bayern*. Verschiedene ehemalige Synodemitglieder, Theologen und Laien, wurden dazu als Referenten gewonnen. Im Mittelpunkt der Referate wie der Diskussion stand dabei eindeutig die Gemeinsame Synode und ihre bisher erkennbare Wirkungsgeschichte.

Dem *Konzil* war nur ein großes Referat, das von *Karl Rahner*, gewidmet. Rahner stellte u. a. fest, das Zweite Vatikanum sei für ihn „der erste Akt in der Weltgeschichte“, in dem die Weltkirche sich als solche amtlich zu vollziehen begann. Deshalb sei in erster Linie zu fragen, nicht was das Konzil Deutschland gebracht habe, sondern welche Auswirkungen von ihm auf die Weltkirche ausgegangen seien. Als wichtigsten Einschnitt bezeichnete Rahner die Abschaffung der lateinischen Kultsprache zugunsten einer Vielfalt regionaler Liturgien. Zur theologisch-lehramtlichen Entwicklung nach dem Konzil meinte Rahner, die lehramtlichen Dokumente aus Rom ließen zwar noch einiges von Impulsen der konziliaren Theologie erkennen, seien aber insgesamt zu ängstlich und zu wenig schöpferisch. Es sei aber unwahrscheinlich, daß die Theologie der Weltkirche hinter die Grenze des Konzils zurückgeführt werde.

Hinsichtlich der Wirkung der Synode waren sich alle Referenten einig, daß die Synode ein wichtiges Moment in der Bewußtseinsbildung des deutschen Katholizismus gewesen sei. Unterschiedlich waren die Meinungen darüber, wie stark die Synode bis zu den Gemeinden durchgedrungen sei und wieviel heute davon dort umgesetzt werde. Prof. *Henry Fischer* (Hildesheim), einst

Vizepräsident der Gemeinsamen Synode, meinte, deren Beschlüsse und Anregungen seien heute „weitgehend in der Gemeindepastoral anerkannt“, der Band mit den Synodendokumenten könne beinahe als ein allgemeines pastorales Lehrbuch gelten. Das Vorurteil, die Synode habe sich abseits der konkreten Nöte der Ortsgemeinden bewegt, sei so nicht mehr aufrechtzuerhalten. Andere Referenten, so *Marita Estor*, Regierungsdirektorin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, befürchteten, daß die Anregungen der Synode in einer stärker zu Bürokratisierung neigenden Kirche unterzugehen drohten. Beklagt wurde, daß zwar das Grundsatzdokument der Synode „Unsere Hoffnung“ zu den meistgefragten Synodentexten gehöre und selbst im Ausland und bei den evangelischen Christen großen Anklang gefunden habe, daß aber in der Sprache der Hirtenbriefe vom Geist dieses Dokumentes nichts mehr zu spüren sei. Keine großen Wirkungen wurden von den *Voten* erwartet, die nach Rom gerichtet wurden und von dort inzwischen im wesentlichen beantwortet sind, und von der ursprünglich als eine Art Folgeorgan der Synode gedachten *Gemeinsamen Konferenz* zwischen Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Unter dem Titel „Energie und Umwelt. Zu ihrer Bedeutung für die Menschen an Rhein und Ruhr“ hat die unter kirchlicher Trägerschaft stehende Rhein-Ruhr-Stiftung ein Thesenpapier zur Energie- und Umweltproblematik herausgegeben. Das vom Präses der Rheinischen Kirche, *Karl Immer*, und vom

Bischof von Essen, *Franz Hengsbach*, unterzeichnete Papier geht von der Feststellung aus, daß der Nutzenergiebedarf in der Welt auch in den kommenden Jahren noch erheblich wird zunehmen müssen. Damit wird wenigstens bis zur Jahrtausendwende auch der Primärenergiebedarf weiter steigen. Als erstes Postulat erhebt das Papier deshalb die Forderung einer *Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Primärenergiebedarf*, um eine sparsamere Nutzenergieanwendung zu erreichen. Im einzelnen verlangt das Thesenpapier: eine entschiedene Reduzierung des Verbrauchs von Mineralölprodukten und Erdgas zur unmittelbaren Umwandlung in Energie und Elektrizität, eine „umweltschonende“ Nutzung der Energiequellen Biomasse, Erdwärme, Sonne und Wind, neue Technologien für sparsameren Kraftstoffverbrauch durch Kraftfahrzeuge, bessere Nutzung der bei der Stromerzeugung anfallenden Wärme und Energieeinsparungen in den Haushalten und bei der Beheizung. Da aber die umweltschonende Nutzung der anderen Energiequellen zur Energiebedarfsdeckung nicht ausreicht oder es ungewiß sei, ob sie ausreiche, sei „eine Weiterentwicklung der Kernenergienutzung mit Umsicht und Vorsicht unerlässlich“. Die *Kernenergie* müsse in den kommenden Jahren deshalb weiterhin stetig zur Elektrizitätserzeugung genutzt werden. Sie müsse so forciert und weiterentwickelt werden, daß sie auch zur Herstellung von Kraftstoffen und Gas aus Kohle herangezogen werden könne. Mit Nachdruck wird die Weiterentwicklung des „leichter beherrschbaren“ *Thorium-Hochtemperaturreaktors* gefordert.

Ausführlich beschäftigt sich das Papier mit dem Aspekt Sicherheit. Da die Nutzung der Kernenergie in den kommenden Jahrzehnten unverzichtbar sei, müsse geprüft werden, ob nicht noch eine Verbesserung der Sicherheit bei der Nutzung der Kernspaltung erreichbar sei. Das Papier macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß ein Hochtemperaturreaktor „wegen der vom physikalischen Konzept her ohne nachteilige Wirkung höherer Temperaturbelastbarkeit der Brennelemente und höherer Wärmeaufnahmekapazität“ bei Unfällen erheblich geringere Auswirkungen auf die Umgebung haben würde, als dies bei den zur Zeit eingesetzten Leichtwasserreaktoren der Fall sei. Nicht zureichend geklärt erscheint nach den Verfassern des Papiers noch die Frage, ob die radioaktiven Abfälle unwiederbringlich in Salzbergwerken gelagert werden sollten. Unter Laboratoriumsbedingungen sei es ja heute schon möglich, die besonders langlebigen und gefährlichen Transurane in radioaktive Stoffe mit kurzer Halbwertszeit oder in nicht radioaktive Stoffe umzuwandeln. Das Papier äußert die Erwartung, daß es in den nächsten Jahrzehnten gelingen möge, aus den Laboratoriumsversuchen eine Technologie zu entwickeln, durch die langlebige Spaltprodukte beseitigt werden könnten.

Das Papier fand bei erklärten Kernkraftgegnern, besonders in der evangelischen Kirche, Widerspruch, aber auch Gegner der Kernkraft attestierten seinen Verfassern Sachlichkeit. Die Studie der Rhein-Stiftung dürfte das erste *überkonfessionelle kirchliche Dokument* sein, in dem umfassend und präzise zum Thema Kernenergie Stellung genommen wird.

**Vom 3. bis 7. Oktober fand in Schriesheim bei Heidelberg die diesjährige Generalversammlung des Evangelischen Bundes statt.** Dabei wurden u. a. Fragen der innerprotestantischen wie auch der evangelisch-katholischen Ökumene erörtert. So meinte der Direktor des Evangelischen Bundes und Leiter des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim, *Joachim Lell*, daß dem Protestantismus aufgrund der bilateralen Gespräche einzelner Kirchenbünde mit der katholischen Kirche neben der bereits bestehenden innerprotestantischen Abgrenzungen die Gefahr einer

*neuen Zersplitterungsdrohe*. Man müsse darauf achten, daß die mit Leuenberg erreichte gesamtevangelische Konkordie nicht wieder in Frage gestellt werde, wenn sich beispielsweise das Luthertum vom Katholizismus in seinem Abendmahlsverständnis mehr angesprochen fühle als die der reformierten Tradition verbundenen Gemeinschaften. Der Protestantismus müsse den schwieriger werdenden Dialog mit der katholischen Kirche von einer *gemeinsamen theologischen Basis* und einem „gerade in den strittigen Fragen ausgeprägten Zusammengehörigkeitsbewußtsein“ aus fortsetzen, ohne daß dabei der Katholizismus einzelne Konfessionsfamilien gegeneinander ausspielen könne (epd, 8. 10. 79). Lell konstatierte für die Bundesrepublik gegenwärtig einen Trend zur „ökumenischen Entflechtung“ auf Gemeindeebene: „Wenn man schon nicht gemeinsam zum Gottesdienst gehen darf, dann wirkt sich dies auch auf die diakonische und soziale Zusammenarbeit aus.“ Er bedauerte auch, daß die fünfjährige Arbeit an den „gemeinsamen kirchlichen Empfehlungen für die Seelsorge an konfessionsverschiedenen Ehen und Familien“ vermutlich vergeblich gewesen sei, da die Deutsche Bischofskonferenz ihre Zustimmung verweigert habe. Der Bund veröffentlichte im Anschluß an die Generalversammlung einen Appell unter dem Titel „Mehr evangelische Einheit“, in dem eine *Föderation aller evangelischen Kirchen unter Einschluß der Freikirchen* sowie weitere evangelisch-katholische Annäherung gefordert wird. Zur letzteren wird bemerkt: „So richtig es ist, daß einige evangelische Gruppen der katholischen Kirche näher stehen als andere, so sollte nicht evangelisch-katholische Übereinkunft auf Kosten der erreichten evangelischen Einheit gehen“ (epd., 11. 10. 79). Bilaterale Gespräche mit der katholischen Kirche müßten stärker als bisher miteinander abgestimmt werden. Auch neuere Frontbildungen innerhalb des Protestantismus aufgrund theologischer und gesellschaftlicher Gegensätze sollten die grundlegende Einheit im evangelischen Glauben nicht in Frage stellen.

**In den vergangenen Wochen haben die katholische wie die protestantische Kirche in Frankreich nochmals in der Abtreibungsdebatte Position bezogen.** Diese Stellungnahmen erfolgten im Hinblick auf die für November anstehende Debatte in der Nationalversammlung über eine Gesetzesvorlage der Regierung, die vorsieht, das 1975 in Kraft getretene Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Es war zunächst auf fünf Jahre befristet worden. Der französische Episkopat hatte schon mit einer Erklärung vom 23. April dieses Jahres Stellung genommen (vgl. HK, Juni 1979, 285f.). Jetzt richtete der Bischof von Straßburg, *Arthur Elchinger*, einen Appell „an das Gewissen aller Menschen guten Willens und an die Verantwortlichkeit unserer Abgeordneten“ (La Croix, 3. 10. 79). Er bezeichnete in seiner Erklärung Abtreibung, „egal unter welchen Umständen“, als „Mord“. Das Gesetz dürfe nicht an einem „Werk des Todes“ und an „barbarischen Praktiken“ mitwirken. Er setzte sich dagegen für eine neue Familienpolitik ein, durch die ein „anderes moralisches Klima“ geschaffen und den ungewollt schwangeren Frauen eine „realistische Hilfe“ gegeben werden müsse. Der Bischof von Verdun, *Pierre Boillon*, bezeichnete die Abtreibung als „Zeichen des schlimmsten Krebses, der ein Volk zerfressen kann“ (zit. nach KNA, 10. 10. 79). Auch der Bund der Katholischen Familienverbände gab Anfang Oktober eine Erklärung ab, in der ebenfalls von der Abtreibung als einem „Akt des Todes“ gesprochen wurde. Im Jahr des Kindes solle das Parlament eher eine Politik der Unterstützung der Familie betreiben als die Abtreibung zu legalisieren. Demgegenüber sprach sich der Protestantische Bund Frankreichs, dem alle protestantischen Kirchen des Landes angehören, in einer am

1. Oktober veröffentlichten Erklärung für die endgültige Einführung des Gesetzes von 1975 aus. Die Erklärung weist dabei darauf hin, daß das Gesetz die Zahl der Abtreibungen habe sinken lassen. Das Gesetz müsse überall in Frankreich ohne Diskriminierung und ohne Druck auf die Frauen angewandt werden. Die Gewissensklausele für die Ärzte solle beibehalten werden. Die Erklärung stellt abschließend fest, „daß unser ganzes soziales, wirtschaftliches, kulturelles und politisches Klima aufnahmebereiter gegenüber Kindern und Familien werden muß“ (La Croix, 4. 10. 79) Seine Stellungnahme will der Bund als ein „Zeichen der Befreiung, der Hoffnung und der Liebe in Situationen der Trauer“ verstanden wissen.

**Nach monatelangen, von Untergrundkämpfern geschürten politischen Unruhen in El Salvador rebellierten jetzt aufständische Militäreinheiten gegen das Regime von Präsident Carlos Humberto Romero.** General Romero war es schon nach der Verhängung des Ausnahmezustandes am 23. Mai nicht mehr gelungen, die Guerillas unter Kontrolle zu bringen (vgl. HK, Juli 1979, 378). Er wurde am 15. Oktober durch eine Militärjunta gestürzt. Die vorläufige Bilanz der blutigen Auseinandersetzungen: Im ersten Halbjahr 1959 sind nach einer Auflistung der Erzdiözese San Salvador 406 Menschen von Militär- und Polizeieinheiten sowie von der rechtsgerichteten paramilitärischen Organisation „Orden“ (die Präsident Romero kürzlich im mexikanischen Fernsehen als „legitimes Instrument von hohem bürgerlichem Wert“ bezeichnete) getötet worden. Unter ihnen sind allein 107 Landarbeiter. Im gleichen Zeitraum wurden 307 Personen entführt oder verhaftet, darunter 129 Campesinos. 44 Menschen sind verschwunden. Seit dem vergangenen Jahr haben

sich die antikirchlichen Aktionen der Regierung und kollaborierender Rechtsextremisten zu einer regelrechten Kirchenverfolgung ausgeweitet. Ihr fielen 6 Priester zum Opfer, 26 Geistliche wurden ausgewiesen, 9 verhaftet, 71 mit dem Tode bedroht. Nach dem Mord an *Napoléon Macias*, der am 4. August von drei mutmaßlichen Nationalgardisten am Altar erschossen wurde, gab die ansonsten in der Beurteilung der politischen Lage eher uneinige Bischofskonferenz eine gemeinsame Erklärung heraus, in der sie eine strafrechtliche Verfolgung der Mörder forderte. Seit dem Mord an vier Vorstandsmitgliedern der Landarbeitergemeinschaft FTC Ende September nahm die Angst in der Bevölkerung des mittelamerikanischen Landes vor einem blutigen Bürgerkrieg, wie ihn Nicaragua erlebte, zu. Das Vertrauen in die breite Oppositionsbewegung unter dem „Revolutionären Volksblock (BRP)“ schien angesichts des wirtschaftlichen Elends und der wachsenden Repression des Regimes zu sinken. Eine im Zeichen der Konferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) am 20. Oktober offiziell angekündigte politische Öffnung des Regimes wirkte nicht mehr glaubwürdig, zumal General Romero die diplomatischen Versuche der USA, auf eine demokratische Entwicklung in El Salvador, konkret auf einen vorzeitigen Rücktritt des Generals zu drängen, zurückwies. Den isoliert voneinander operierenden Guerilla-Gruppen fehlte es aber bisher an Schlagkraft. Unmittelbar nach dem Putsch gab es erste blutige Kämpfe zwischen der Armee und den bewaffneten Volksstreitkräften, die den neuen Machthabern vorwerfen, der Revolution mit einem von den USA inszenierten Scheinmanöver zugekommen zu sein. Die neue Fünfer-Junta hat für 1980 Präsidentschaftswahlen angekündigt sowie die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba. Sie bestritt in einer ersten Pressekonferenz, daß eine ausländische Macht den Putsch unterstützt habe.

## Personen und Ereignisse

Der Erzbischof von Brüssel und Mecheln, Kardinal *Leon Joseph Suenens*, ist von seinem Amt zurückgetreten. Das Rücktrittsgesuch des belgischen Primas, der im Juli das 75. Lebensjahr vollendet hatte, wurde vom Papst unter dem Datum vom 4. Oktober angenommen. Mit Suenens (er war mit den verstorbenen Kardinalen Agagianian, Döpfner und Lercaro einer der vier Moderatoren) scheidet eine der letzten großen Gestalten des Zweiten Vatikanums aus der Leitung seiner Diözese, die zu den größten und schwierigsten der Weltkirche gehört, aus.

Der Erzbischof von Freiburg, *Oskar Saier*, wurde auf der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe in Fulda zum Vorsitzenden der Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz gewählt. Erzbischof Saier ist in dieser Eigenschaft Nachfolger des jüngst verstorbenen Münsteraner Bischofs *Heinrich Tenhumberg*, der dieses Amt schon vor einiger Zeit zur Verfügung gestellt hatte.

In Frankfurt am Main starb Ende September der Jesuiten-Theologe *Otto Semmelroth*. Semmelroth war seit 1949 Professor für Dogmatik in der Ordenshochschule Frankfurt-St. Georgen, die er von 1972 bis 1978 als Rektor leitete. Semmelroth war Konzilsperitus und später sowohl Mitglied der Internationalen Theologenkommission in Rom wie der Theo-

logischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz. Seine wichtigsten theologischen Werke „Maria Urbild der Kirche“ und „Die Kirche als Sakrament“ sind durch das Zweite Vatikanum gesamt-kirchliches Gemeingut geworden.

Anlässlich der staatlichen Eidesleistung des neuen Bischofs von Würzburg, *Paul Werner Scheele*, in der bayerischen Staatskanzlei hat *Franz-Joseph Strauß* seinen Standpunkt zum § 218 verdeutlicht. Die von ihm vertretene Regierung, so Strauß, sei „gegen jeden Mißbrauch des bestehenden Rechtszustandes“. Insbesondere wandte sich Strauß „gegen jede Leichtfertigkeit im Umgang mit der sozialen Indikation“. Die bayerische Staatsregierung werde die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen. Der bayerische Ministerpräsident konstatierte eine „langsam zunehmende Grundwohle“ gegen den Mißbrauch des § 218. Strauß war kritisiert worden, weil er geäußert hatte, die Kirche nehme im Fall des Abtreibungsstrafrechts „einen sehr strengen Standpunkt“ ein.

In einem Schreiben an die Mitgliedskirchen teilten der Vorsitzende des Zentralaussschusses des ÖRK, Bischof *Edward Scott*, und der Generalsekretär des ÖRK, *Philip Potter*, mit, daß das Exekutivkomitee des ÖRK sich dafür entschieden habe, der Patriotischen Front von Simbabwe-Rhodesien zur Deckung

ihrer Kosten bei der Londoner Rhodesien-Konferenz 35 000 Dollar aus dem Sonderfond zur Bekämpfung des Rassismus zur Verfügung zu stellen. Die Begründung: Während Großbritannien die Kosten der Delegationen übernehme, müßten diese für das technische Personal selbst aufkommen. Mit dem Beitrag, so Scott und Potter, unterstreiche der ÖRK „sein festgesetztes Engagement für eine ausgehandelte und friedliche Lösung unter der uneingeschränkten Mitwirkung aller Parteien“.

In einem Interview mit „Le Monde“ während einer Amerikareise erklärte der seit 1959 in Indien im Exil lebende *Dalai Lama* (44), ein „authentischer Sozialismus“ könne eine Basis der Begegnung zwischen Buddhismus und Marxismus sein. Er könne nicht leugnen, daß der kommunistische Sozialismus gerade in Ländern, wo der Buddhismus einmal stark war, wirtschaftliche Fortschritte gebracht habe. Aber der Kommunismus sei mit seinem Monopolanspruch ein zu rigides System und freiheitsfeindlich.

Anmerkung der Redaktion: *Die letzte Passage im Artikel von Werner Post aus Anlaß des Todes von Herbert Marcuse (Heft 9, S. 479) ist sinnstörend wiedergegeben worden. Der letzte Satz müsste richtig lauten: Besser läßt sich die Richtigkeit seiner Analyse kaum bestätigen.*